

Der Bote vom Geising

Erscheint wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mittags.
Wöchentliche Beilage: „Neue Illustrierte“.
Monatsbeilage:
„Rund um den Geisingberg“.

und
Müglistal-Zeitung

Bezugspreis für den Monat
1,25 RM. mit Zuträgen.
Anzeigen: Die 4 gespaltene 65 mm breite Korpus-
zeile oder deren Raum 20 Pf., die 86 mm breite
Reklame- u. Eingeländtzeile od. der. Raum 40 Pf.

Bezirksanzeiger für Altenberg, Geising, Lauenstein, Bärenstein und Umgegend.

In diesem Blatte erscheinen die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsgerichte Altenberg und Lauenstein, sowie der Stadtbehörden Altenberg, Geising, Lauenstein und Bärenstein.
Druck und Verlag: F. A. Kunzsch, Altenberg. — Für die Schriftleitung verantwortlich: Flora Kunzsch, Altenberg. — Fernspr.: Lauenstein 427. — Postfach Dresden 11811. — Gemeindegroßkonto Altenberg 11

Nr. 46.

Sonnabend, den 20. April 1929.

64. Jahrg.

Die Pariser Tributkonferenz am Ende

Der deutsche Vorschlag 1650 Millionen auf 37 Jahre.

Die Überreichung der deutschen Vorschläge über die Höhe unserer Reparationszahlungen ist am Mittwoch nachmittag in der Vollziehung der Pariser Sachverständigenkonferenz erfolgt. In der deutschen Denkschrift wird einleitend ausgeführt, daß jede auf vernünftiger Grundlage aufgebaute Endregelung zwei Gesichtspunkten Rechnung tragen müsse: den berechtigten aus den bestehenden Verträgen herrührenden Ansprüchen der Gläubiger und der tatsächlichen Leistungsfähigkeit des Schuldners. Zwischen diesen beiden Punkten müsse eine beiden Teilen gerecht werdende Lösung gefunden werden.

Die Reparationen könnten nur aus einem wirtschaftlichen Überschuß der Arbeitsleistung des Schuldnerlandes bezahlt werden; ihre Finanzierung sei nur durch einen ausreichenden Ausführungsüberschuß möglich. In der Praxis sei aber gerade das Gegenteil eingetreten. Deutschland habe die Mittel zur Bezahlung seiner Reparationsschulden zum größten Teil aus der Vermögensmasse selbst flüssig machen müssen, während ihre Überleitung in die Währung der Empfangsstaaten, die Transferierung, nur durch Zuhilfenahme beträchtlicher Auslandsgelder möglich gewesen sei. In den vier Jahren, seitdem der Dawesplan in Kraft sei, zeige die deutsche Zahlungsbilanz einen Fehlbetrag von 16 Milliarden, wovon rund 10 Milliarden auf die Passivität der Handelsbilanz entfallen, d. h. Deutschland hat für 10 Milliarden Mark mehr eingeführt, als es ausführte. In der gleichen Zeit habe Deutschland für etwa 15 Milliarden kurz- und langfristige Kredite aufgenommen und einen großen Teil seines eigenen Effektenschatzes an das Ausland veräußern müssen.

Das Memorandum entwirft sodann ein sehr trübes Bild von der wirtschaftlichen Lage in Deutschland. Die Rentabilität der Industrie sei in ständigem Sinken begriffen. Die Landwirtschaft arbeite seit Jahren mit Unterbilanz, und die Arbeitslosigkeit habe in erschreckendem Maße zugenommen. Unter diesen Umständen könne es nur eine Frage der Zeit sein, wann die Sicherheitsverträge, die der Dawesplan zum Schutze der deutschen Wirtschaft und Währung geschaffen habe, in Wirksamkeit treten.

Der zweite Teil des Memorandums enthält den deutschen

Zahlungsvorschlag.

Die deutsche Abordnung schlägt eine auf die Dauer von 37 Jahren zu zahlende feste Annuität (Jahreszahlung) in Höhe von 1650 Millionen vor, für deren größeren Teil sie jedoch die Aufrechterhaltung des Transferschutzes verlangt, um die deutsche Währung nicht zu gefährden. Auf seinen Kapitalwert gebracht, würde sich der deutsche Vorschlag bei 5% Zinsen und 1% Amortisation auf 27,5 Milliarden berechnen, während den von den Alliierten geforderten Jahreszahlungen ein Kapital von 40 Milliarden zu Grunde liegt.

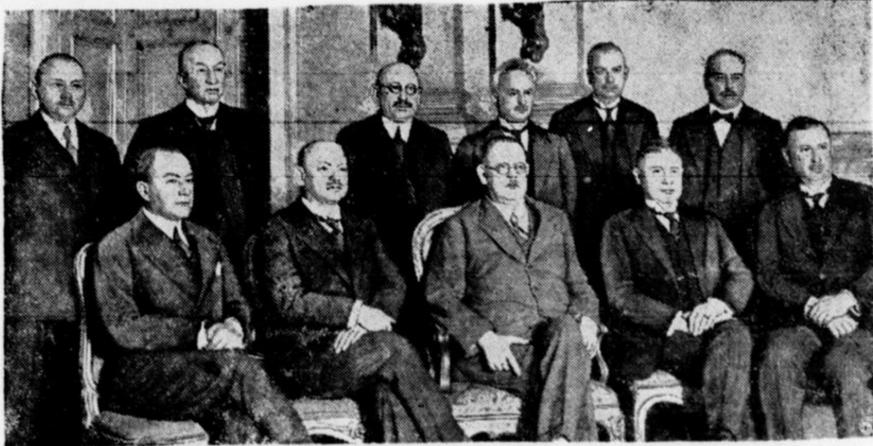
Es ist keine Einigung möglich

Um den Sachverständigen Gelegenheit zu geben, das deutsche Angebot und die alliierte Forderung gegeneinander abzuwägen, beschloß die Vollversammlung, den sogenannten Ausschuß des Lord Revelstoke wieder ins Leben zu rufen und ihm die Verhandlungen über die Zahlen zu übertragen. Dem Ausschuß gehören je ein Vertreter der an der Konferenz teilnehmenden Mächte an. Deutschland war durch Dr. Schacht vertreten.

In diesem Ausschuß hat sich das Schicksal der Konferenz entschieden. Er hielt am Donnerstag vormittag und nachmittag Sitzungen ab.

Am Donnerstag nachmittag hat der Ausschuß festgestellt, daß er nicht zu einer Übereinstimmung hinsichtlich der deutschen Reparationsleistungen gekommen sei. Damit ist das Schicksal der Konferenz, die nunmehr drei Monate tagt, entschieden.

Eine von deutscher Seite ausgegebene Mitteilung über die Sitzung des Revelstoke-Ausschusses besagt: Die deutschen Sachverständigen haben erklärt, daß sie nicht in der Lage seien, eine höhere als die von ihnen angeregte Jahreszahlung von sich aus zu befürworten, es sei denn, daß irgendwelche Anregungen gegeben werden könnten, die eine Erhöhung der derzeitigen deutschen Leistungs- und Zahlungsfähigkeit herbeizuführen geeignet seien. Unter diesen Umständen stellte der Unterausschuß fest, daß er nicht zu einer Übereinstimmung gelangt sei.



Die neue Reichsregierung.

Am Dienstag nachmittag ist das Reichskabinett zum ersten Male nach seiner Erweiterung durch die drei Zentrumsminister zusammengetreten. Unser Bild zeigt von

links nach rechts stehend: Schäkel, von Guérard, Stegerwald, Severing, Dietrich, Hilferding; sitzend: Curtius, Stresemann, Müller, Gröner, Birtb.

Natürlich ist Deutschland schuld — sagt die Pariser Presse.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat bereits am Donnerstag die Propaganda der französischen Presse eingeleitet. Sie hat bekanntgegeben, daß die Schuld am Scheitern der Verhandlungen einzig und allein der deutschen Abordnung zuzuschreiben sei. Besonders wird Dr. Schacht angegriffen, weil er, angeblich aus „parteilichem“ Gründen, auf dem deutschen Angebot beharrte.

Abrüstung!

Am 15. April ist in Genf die vom Völkerbundsrat eingesezte Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz zu einer Tagung zusammengetreten, um erneut über den deutschen Antrag auf Veröffentlichung des Abrüstungsstandes, sowie über einen russischen Abrüstungsvorschlag zu beraten. Der deutsche Antrag ruht im Artikel 8 der Völkerbundsatzung, wonach die Mitglieder des Völkerbundes die Verpflichtung übernehmen, „sich in der offenkundigen und schöpferischsten Weise gegenseitig jede Auskunfts über den Stand ihrer Rüstung, über ihr Heer, Flotte und Luftschiffahrtsprogramm und über die Lage ihrer auf Kriegszwecke einstellbaren Industrien zukommen zu lassen“.

Würde der deutsche Antrag angenommen, so würde darin eine beträchtliche Erleichterung für die zukünftige Abrüstungsarbeit zu erblicken sein. Vor aller Welt würde durch die Veröffentlichung des Abrüstungsstandes dargelegt, wie wenig die Siegerstaaten bisher dem Kernpunkt des Völkerbündnisses, der Abrüstungsider, Rechnung getragen haben.

Frankreich besitzt an Landstreitkräften einen Aktivbestand von 730 000 Mann, an ausgebildeten Reservisten ohne Landsturm 5 Millionen Mann Weiße und 1 500 000 Farbige. Es verfügt über 1350 leichte und 1500 schwere Geschütze (ohne Festungsartillerie und 2550 Tanks). An Luftstreitkräften (ohne Schul- und Reserveflugzeuge) unterhält es in der ersten Linie über 1500 Land- und 400 Seeflugzeuge. Der Gesamtaktivbestand der belgischen Armee umfaßt 89 000 Mann, sowie 500 000 Mann ausgebildeter Reservisten. Sie besitzt 600 leichte und 270 schwere Geschütze, 50 Tanks und 250 Landflugzeuge. Der Aktivbestand der polnischen Armee umfaßt im ganzen 320 000 Mann, nicht eingerechnet die militärisch organisierten und ausgebildeten Zivilverbände, deren Zahl auf mindestens 600 000 Mann zu veranschlagen ist, sowie 2 1/2 Millionen ausgebildeter Reservisten. Sie besitzt 1600 leichte, 420 schwere Geschütze, 220 Tanks und 250 Landflugzeuge. Die Tschchoslowakei verfügt über einen Aktivbestand von 120 000 bis 160 000 Mann, 1 300 000 Mann ausgebildeter Reservisten, 850 leichte, 410 schwere Geschütze, 60 Tanks und 500 Landflugzeuge.

Die gesamten Landstreitkräfte der unmittelbaren Nachbarstaaten Deutschlands, die zu Defensiv- oder Offensivbündnissen gegen Deutschland sich zusammengeschlossen haben, betragen somit 1 260 000—1 280 000 Mann Aktivbestände, 10 1/3 Millionen ausgebildeter Reservisten, 4400 leichte und 2600 schwere Geschütze, 2880 Tanks, 2500 Land- und 400 Seeflugzeuge (ohne Schul- und Reserveflugzeuge). Dem steht Deutschland mit 100 000 Mann Reichswehr, 288 leichten, keinerlei schweren Geschützen, keinen Tanks und keinen Flugzeugen gegenüber.

Die wichtigsten Vergleichsziffern für die Seestreitkräfte lauten: Frankreich 10 Großkampfschiffe, 38 U-Boote, Gesamttonnage 504 000 Tonnen; England 20 Großkampfschiffe, 55 U-Boote und 1 200 000 Gesamttonnage. Demgegenüber umfaßt die deutsche Gesamttonnage 120 000 Tonnen ohne Großkampfschiffe und U-Boote.

Angeichts dieses Standes der Rüstungen hat der deutsche Reichszkanzler in seiner Rede vor der letzten Völkerbundsversammlung ausgeführt: „es muß endlich zur Erfüllung des vertraglichen Versprechens kommen, daß der Entwaffnung Deutschlands die allgemeine Entwaffnung folgen soll. Es muß endlich der Artikel der Völkerbundsatzung zur Durchführung gelangen, in welchem dieses Prinzip des Völkerbundes zum Grundprinzip gemacht worden ist“. Die vorbereitende Kommission der Abrüstungskonferenz hat in ihrer letzten Tagung vor einem Jahre nichts getan, um diesem Verlangen des deutschen Reichszkanzlers Rechnung zu tragen. Man möchte hoffen, daß die gegenwärtige Konferenz einen positiveren Ausgang nimmt.